

DARMSTADT · OFFENBACH · ASCHAFFENBURG

Im Geist der Reformerin

Neue Leiterin für Pappenheim-Gedenkstätte

es. NEU-ISENBURG. Die Bertha-Pappenheim-Seminar- und Gedenkstätte in Neu-Isenburg hat eine neue Leiterin. Die städtische Frauenbeauftragte Gabriele Loeplien wird künftig auch für die Organisation der dort stattfindenden Veranstaltungen zuständig sein und die Aktivitäten weiterentwickeln. Die Gedenkstätte soll die Geschichte des Nationalsozialismus aufarbeiten, aber auch Leben und Werk der Frauenrechtlerin, Sozialarbeiterin und Sozialreformerin Bertha Pappenheim (1859–1936) dokumentieren und würdigen. Pappenheim gehörte zu den prägenden Persönlichkeiten der jüdischen Frauenbewegung in Deutschland.

Bisher hatten sich Heidi Fogel und Noemi Staszewski in der Gedenkstätte maßgeblich engagiert. Beide wollten sich aus der aktiven Organisation zurückziehen, stehen aber weiterhin beratend zur Seite. Die Stadt bedauerte ihren Rücktritt; Fogel und Staszewski sollen im Sommer verabschiedet werden.

1907 hatte der Jüdische Frauenbund auf dem Gelände zwischen Taunusstraße und Zeppelinstraße ein Heim für entwurzelte jüdische Mädchen und ledige Mütter mit ihren Kindern gegründet. Vorsitzende des Frauenbunds war Pappenheim, die das Heim bis zu ihrem Tod auch leitete. Durch Erziehung und Ausbildung gab sie den Mädchen und Frauen eine neue Lebensperspektive. Während des Pogroms von 1938 brannten die Nazis das Haupthaus nieder. 1942 wurde das Heim aufgelöst; die Bewohnerinnen wurden nach Auschwitz oder Theresienstadt deportiert und ermordet.

1952 erwarb die Stadt das Areal vom jüdischen Landesverband. In den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts entstand in Neu-Isenburg die Bertha-Pappenheim-Initiative, die sich dem Ziel verschrieb, ein Konzept für die Nutzung des Hauses zu finden, das dem Wirken Pappenhaims verpflichtet sein sollte. Im Oktober 1996 wurde die Bertha-Pappenheim-Seminar- und Gedenkstätte an der Zeppelinstraße in Neu-Isenburg eröffnet. Der damalige Bürgermeister Oliver Quilling (CDU) äußerte seinerzeit die Hoffnung, dass ein lebendiges Museum entstehe. Informationen über das Heim und Einzelartikel zu Verfolgungsschicksalen der in dem Heim lebenden Frauen und Kinder sind seit August 2010 unter der Adresse <http://gedenkbuch.neu-isenburg.de> im Internet abzurufen.

Loeplien ließ erkennen, sie habe sich gefreut, als sie gefragt wurde, die Leitung der Seminar- und Gedenkstätte zu übernehmen. Abendveranstaltungen werde es auch künftig geben; diese sollten aber stärker an aktuelle Themen anknüpfen. Loeplien will die Zusammenarbeit mit Gruppen und Institutionen pflegen, die sich mit Judentum, Antisemitismus und Rechtsradikalismus, Pädagogik und Psychologie, Frauenbewegung und Feminismus sowie Stadtgeschichte und Stadtarchiv beschäftigen.

Kunst zur Passionszeit in der Stiftsbasilika



Boote mit Ascheschale: Eine Installation des Kulturpreisträgers Helmut Massenkeil in Aschaffenburg

Foto Rainer Wohlfahrt

Die mehr als 1000 Jahre alte Aschaffener Stiftsbasilika löst mit ihren Schätzen aus allen Epochen seit dem frühen Mittelalter Ehrfurcht und Bewunderung aus – etwa für Grünewalds meisterhafte „Beweinung Christi“. Stiftspfarrer Martin Heim möchte das Gotteshaus für zeitgenössische Kunst öffnen. Er hat den Aschaffener Kulturpreisträger Helmut Massenkeil gebeten, für die Stiftskirche ein temporäres Kunstwerk zu schaffen. Auf hellem, quadratischem Metall hat der Bildhauer vor der ebenfalls quadratischen Altarinsel einen Schwarm

Am Selbstbewusstsein hat sich nichts geändert

Darmstadt erinnert an das „Eingemeindungs-Jubiläum“ von Arheilgen und Eberstadt vor 75 Jahren. 1937 kam es zum Zwangsanschluss.

h.r. DARMSTADT. Mit einem Festakt, den zahlreiche Vereine und Gruppen aus den Stadtteilen Arheilgen und Eberstadt mitgestalteten, hat die Stadt am Wochenende an die Eingemeindung der beiden Stadtteile vor 75 Jahren erinnert. Oberbürgermeister Jochen Partsch (Die Grünen) lobte das Selbstbewusstsein der Eberstädter und Arheilger und hob ihre Bedeutung für die Entwicklung der Gesamtstadt hervor. Gleichzeitig bezeichnete er die seinerzeit gegen den Willen der Gemeindevorteiler in beiden Orten verordnete Eingemeindung als eine im Rückblick demokratische Erfolgsgeschichte.

Die Vorgänge von 1937 skizzierte auf der Veranstaltung in der Orangerie Darmstadts Stadtarchivar Peter Engels. Beiden Kommunen gemeinsam war die ablehnende Haltung gegenüber den Erweiterungswünschen Darmstadts. Wie Engels in einem Rückblick und in einem Zeitungsbeitrag schilderte, war der Wunsch nach Selbstständigkeit in Eberstadt so stark ausgeprägt, dass sich der nur aus NSDAP-Mitgliedern besetzte Gemeinderat und der zum Bürgermeister ernannte Parteigenosse Wille Madre den Darmstädter Plänen widersetzt hätten. Dies sei, so der Historiker, ein unter dem NS-Regime „bemerkenswerter Vorgang“ gewesen.

Die Idee der Eingemeindung, die zum 1. April 1937 verfügt wurde, stand im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Militärpolitik. Der damalige Darmstädter Oberbürgermeister Otto Wamboldt, Mitglied der NSDAP, zeigte Engels

zufolge schon 1934 offen sein Interesse an beiden Orten. In einer Denkschrift 1935 habe Wamboldt den Eingemeindungsantrag für Eberstadt und Arheilgen mit dem Raumbedarf für militärische Zwecke begründet. Die Wiederaufrüstung und Wiedereinführung der Wehrpflicht mache Kasernenbauten im großen Rahmen notwendig und nur eine ausreichende Baulandreserve erfülle die Bedürfnisse der künftigen Garnisonsstadt. Daneben kam die Eingemeindung, so Engels, auch dem von den Machthabern forcierten Siedlungsbau zugute. Hintergrund der Initiative sei überdies die Bestrebung gewesen, den Status einer Großstadt und damit die Kreisfreiheit zu erreichen.

Noch im Januar 1936 lehnte der Eberstädter Gemeinderat das Eingemeindungsbegehren ab mit Hinweis auf die wirtschaftliche Prosperität des Ortes, die gute Infrastruktur und wegen Bedenken gegen drohende Steuererhöhungen und Anliegerbeiträge. Darauf reagierte Gauleiter Jakob Sprenger zunächst mit der Beurlaubung von Bürgermeister Madre. Dessen Stellvertreter ließ sich auf Verhandlungen ein und handelte am Ende für den Eingemeindungsvertrag einige Vergünstigungen heraus, etwa den Bau eines Schwimmbades.

Das Selbstbewusstsein, mit dem die Arheilger und Eberstädter damals ihre Interessen vertraten, drückt sich heute noch in den Bezirksverwaltungen aus, die sich als Relikte der früheren Selbstständigkeit erhalten haben. Stadtpolitik ohne Arheilgen und Eberstadt wäre auch sonst nicht mehr denkbar. Das sieht man schon am „politischen Personal“ aus beiden Stadtteilen, aus denen in Stadtverordnetenversammlung und Magistrat immer wieder namhafte Politiker kommen. So war der frühere Oberbürgermeister Peter Benz (SPD) ein bekennender Arheilger.

Sorge wegen Umgehungsstraße

FDP-Antrag von Tagesordnung abgesetzt

es. SELIGENSTADT. Für den dritten Abschnitt der Seligenstädter Umgehungsstraße ist eine Umweltverträglichkeitsprüfung in Auftrag gegeben worden. Dies hat Bürgermeisterin Dagmar Nonn-Adams (parteilos) in der Stadtverordnetenversammlung mitgeteilt. Alles „verläuft derzeit nach Plan“. Bisher wurden nur die ersten beiden Abschnitte gebaut. Es gehe darum, „die Umgehungsstraße zu vollenden“, sagte die Bürgermeisterin.

Die FDP-Fraktion hatte einen Antrag eingebracht, wonach die Stadtverordneten ihre Beschlüsse zugunsten eines zügigen Baus des dritten Abschnitts der Straße bekräftigen sollten, da dieser eine „herausragende verkehrliche sowie städtebauliche Bedeutung für Seligenstadt“ zukomme. Gleichzeitig sollten die Stadtverordneten ihre Bestürzung über die Koalitionsvereinbarung von SPD und Grünen im Regionalverband Frankfurt Rhein-Main zum Ausdruck bringen, wonach das vorhandene Straßennetz als ausreichend an-

gesehen werde und Ortsumfahrungen nur noch in Ausnahmefällen geplant werden sollten. Der Seligenstädter Vertreter im Regionalverband sollte aufgefordert werden, sich nachdrücklich für den Bau des dritten Abschnitts der Umgehungsstraße einzusetzen.

Der Vorsitzende der Fraktion der Grünen, Rainer Schmidt, der die Stadt in der Verbandskammer des Regionalverbands vertritt, beantragte, den FDP-Antrag von der Tagesordnung zu nehmen. Die Koalitionsvereinbarung im Regionalverband stehe in keiner Beziehung zu Seligenstadt. Schmidt erinnerte an einstimmige Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung für die Umgehungsstraße. Daniell Bastian (FDP) hielt entgegen, die Koalitionsvereinbarung in der Regionalverbandsversammlung habe durchaus Einfluss auf die Seligenstädter Umgehungsstraße. Mit den Stimmen der SPD und der Fraktion der Grünen wurde der FDP-Antrag von der Tagesordnung abgesetzt.



Charakterkopf: Die Rekonstruktion des rund sieben Millionen Jahre alten Vormenschen. Foto Wildlife Art/Hessisches Landesmuseum Darmstadt

Vorfahr von Mensch und Schimpanse

Wenn das Hessische Landesmuseum im Herbst 2013 nach langer Sanierung wieder die Pforten öffnet, wartet auf die Besucher ein neuer Charakterkopf. Sahelanthropus tchadensis ist der wissenschaftliche Name eines Vormenschen, der von 6,8 bis 7,2 Millionen Jahren gelebt hat. Sein Kopf konnte rekonstruiert werden, nachdem Wissenschaftler 2001 im Tschad einen deformierten Schädel dieser Hominidengattung gefunden hatten. Der Fund wurde „Toumai“ genannt,

was in der lokalen Gorane-Sprache „Hoffnung auf Leben“ bedeutet. Voraussetzung für die Rekonstruktion war die Möglichkeit, Rückschlüsse auf die Gesichtsmorphologie zu ziehen. Dabei haben bei Sahelanthropus neben den entdeckten Schädel-, Kiefer- und Zahnfragmenten zusätzliche Abbildungen von computertomographischen Schädeldaten geholfen, mit deren Hilfe 2005 ein Schweizer Team eine virtuelle Rekonstruktion erstellen konnte. Die abgebil-

dete Büste entstand im Atelier „Wildlife Art“ von Wolfgang Schnaubelt und Nina Kieser. Das Landesmuseum verfügte bislang über neun Vormenschen-Büsten. Die Gattung Sahelanthropus stellt den ältesten Vertreter der Sammlung dar. Noch nicht ganz einig sind sich die Wissenschaftler, ob der Hominide tatsächlich der letzte gemeinsame Vorfahr von Mensch und Schimpanse war oder nicht doch eher ein Verwandter des Gorillas. (h.r.)

Drillings machen viel Arbeit

Sozialdezernentin nennt Modellversuch „Kinder schützen“ erfolgreich

h.r. DARMSTADT. Darmstadts Sozialdezernentin Barbara Akdeniz (Die Grünen) hat drei Jahre nach dem Start des Projekts „Kinder schützen – Familie fördern“ ein positives Resümee gezogen. Seit April 2009 seien durch den Sozialdienst des Jugendamtes knapp 4100 Familien nach der Geburt eines Kindes besucht worden, teile Akdeniz gestern mit.

608 Familien und damit rund 15 Prozent hätten anschließend sogenannte präventive Maßnahmen in Anspruch genommen. Dabei handelt es sich um Hilfeleistungen, welche die Stadt oder Kooperationspartner anbieten, etwa die Unterstützung durch eine Kinderkrankenschwester oder eine „Familienpatin“, die stundenweise aushilft. Darüber hinaus gibt es Beratungen in Erziehungsfragen oder bei Schlaf- und Essstörungen. Eltern werden zudem zu Ämtern und Behörden begleitet oder bei der Suche nach einem Betreuungsplatz unterstützt.

Das Projekt „Kinder schützen – Familien fördern“ wurde als Begrüßungsservice initiiert. Mitarbeiter aus dem Jugendamt melden sich einige Wochen nach der Geburt telefonisch und fragen, ob ein Besuch erwünscht sei. Stimmt die Familie zu, kommt es zu einem etwa einstündigen Gespräch, bei denen den Eltern ein kleines Willkommengeschenk überreicht wird sowie ein Ordner, der sämtliche Informationen für junge Eltern enthält – von der Beantragung des

Elterngeldes bis zur Liste der Darmstädter Kinderärzte. Sollte sich bei diesen Gesprächen herausstellen, dass Familien möglicherweise überfordert sind und Hilfe benötigen, werden diese vermittelt.

Bei Vanessa Poorhossaini und Holger Loew war dies vor 13 Monaten der Fall. Beide nahmen am Montag an dem Pressegespräch zusammen mit ihren Drillingskindern teil. In Erwartung der Geburt von Leni, Lenni und Levi hatte Frau Poorhossaini schon zuvor einen Termin mit dem Jugendamt ausgemacht, nachdem sie von dem Modellprojekt gehört hatte. „Ich habe wirklich eine tolle Hilfe bekommen“, sagte sie. Einmal in der Woche sei eine Haushaltshelferin gekommen und anfangs auch eine Kinderkrankenschwester für ihr Frühchen. „Und das ging alles von heute auf morgen.“

Diese unbürokratische Hilfe ist für Akdeniz das Markenzeichen des Projekts. Es sei von Anfang an erklärtes Ziel gewesen, schnell und ohne weitere Datenerfassung jungen Familien zur Seite zu stehen, um eintretende Belastungssituationen nach der Geburt eines Kindes aufzufangen. Dies habe sich als der richtige Weg erwiesen. Nach drei Jahren sei der Begrüßungsservice nicht nur anerkannt und akzeptiert, sondern auch „außerordentlich beliebt und erfolgreich“. Der größere Teil der Eltern nehme, wie die Zahl der 4100 Hausbesuche im Vergleich zu den knapp 1500 Geburten je Jahr zeige, den Begrüßungsservice an. „Dass die

Darmstädter Familien so durchweg positiv auf diese Hausbesuche reagierten, ist für mich einer der ganz großen Erfolge dieses Modells“, sagte Akdeniz. Es habe sich als Schlüssel zu einer modernen Jugendamtsarbeit erwiesen, „die aktiv auf die Menschen zugeht und nicht nur Fälle verwaltet“. Möglich sei dies allerdings nur, weil die Stadt mit einer Reihe von Kooperationspartnern zusammenarbeiten könne.

„Kinder fördern – Familien stützen“ kostet die Stadt jährlich 100 000 Euro. Dieses Geld ist nach Darstellung der Sozialdezernentin auch unter hauerhaltlichen Gesichtspunkten gut angelegt. So seien die bisher angefallenen 300 000 Euro auf das Gesamtbudget der Erzieherischen Hilfen aufgesattelt worden, ohne dass dies zu einer Steigerung geführt habe. Allein den Status quo zu halten ist aber nach Ansicht von Thomas Gehrich, Leiter des Jugendamtes, schon ein Erfolg, da hessenweit die Steigerung bei den Erzieherischen Hilfen bei acht Prozent liege. Ein weiterer Nebenaspekt sind neue, angepasste Angebote des städtischen Familienzentrums. Mit Blick auf Mütter wie Vanessa Poorhossaini hat das Zentrum vergangenes Jahr den ersten Kurs für Eltern mit Drillings- und Zwillingskindern gestartet, der dieses Jahr eine Fortsetzung finden soll.

Informationen zum Darmstädter Modell finden sich im Internet unter der Adresse www.schuetzenundfoerdern.de.

„Mehr Seelsorge für Geschiedene“

Diözesanrat der Katholiken tagt in Aschaffenburg

as. ASCHAFFENBURG. Der Preis für das Scheitern von Partnerschaften ist nach Ansicht des katholischen Eheberaters Norbert Wilbertz ein Tabuthema. Dabei kosteten gescheiterte Ehen und Partnerschaften den Staat jährlich vier Milliarden Euro, sagte der langjährige Leiter der Ehe- und Familienberatung der Diözese Münster bei der Vollversammlung des Würzburger Diözesanrats der Katholiken am Wochenende in Aschaffenburg. Wilbertz kritisierte die öffentliche Hand, die zwar Milliardenbeiträge ausbebe, um die Folgen von misslungenen Beziehungen auszugleichen, aber nur einen Bruchteil dieser Summe für Prävention aufwende.

Der Referent äußerte vor 120 Delegierten, dass stabile Beziehungen nicht nur von „schicksalhafter Bedeutung“ für die Entwicklung der Kinder seien, sondern dass auch die Eltern in dauerhaften Beziehungen gesünder lebten. Nach seinen Angaben profitiert aber auch die Gesellschaft von intakten Partnerschaften. Studien hätten bewiesen, dass an der sinkenden Geburtenrate, explodierenden Gesundheitskosten und der steigenden Kinderarmut misslingende Partnerschaften einen großen Anteil hätten. Die 120 Delegierten verabschiedeten einen Antrag, in dem das Land und die Kommunen aufgefordert werden, eine bessere staatliche Förderung der Eheberatung zu garantieren und mehr Geld in die Vor-

beugung zu investieren. Die Diözesanleitung solle die Seelsorge für wiederverheiratete Geschiedene erweitern, heißt es in dem Antrag.

Über den Stand des Dialog-Prozesses im Bistum Würzburg berichtete die Diözesanbeauftragte Monika Albert. Nach ihrer Darstellung beschäftigen sich auffällig viele Stellungnahmen aus den Pfarreien mit der Wertschätzung der ehrenamtlichen Arbeit. Der Tenor sei, das Engagement der Laien ernst zu nehmen und ihnen mehr Verantwortung zu übertragen. Es dürfe nicht nur als „Zuarbeit“ für den priesterlichen Dienst verstanden werden, so Albert.

Weitere Themen waren nach ihren Angaben der „Spagat“ der Priester zwischen Management und Seelsorge, die Zölibat-Regelung und der Umgang der Kirche mit Frauen sowie mit Geschiedenen. Die Vollversammlung verabschiedete zwei weitere Anträge. Danach soll der Diözesanrat Mitglied des Aktionsbündnisses „Stopp den Waffenhandel“ werden. Zudem soll die Fachstelle für Prävention sexueller Gewalt an der Landesstelle für Katholische Jugendarbeit in Bayern erhalten bleiben.

Bischof Friedhelm Hofmann beschäftigte sich mit dem Übergang der Volkskirche in eine Minderheitenkirche. Nach seinen Worten wird die Kirche der Zukunft kleiner und ärmer werden und eine flächendeckende Seelsorge nur noch bedingt möglich sein.

Kurze Meldungen

AMORBACH. Nach einem großflächigen Waldbrand bei Amorbach, der sich am Sonntag auf mindestens 24 Hektar ausgebreitet und einen Großteils der Feuerwehr ausgelöst hatte, haben die Einsatzkräfte gestern noch Glutnester bekämpfen müssen. Das Feuer war nach Angaben der Polizei am Sonntagmittag an der Bundesstraße 47 zwischen Amorbach und Boxbrunn an mehreren Stellen ausgebrochen. Die Straße wurde bis gegen 1.30 Uhr am Montag gesperrt. Die Brandursache steht noch nicht fest. Der Schaden in dem Stadtwald soll sich trotz der großen Ausdehnung des Waldbrands in Grenzen halten, da sich das Feuer hauptsächlich am Boden ausgebreitet hatte. Der größte Kostenfaktor dürfte nach Angaben der Polizei der Einsatz der drei Feuerwehren sein. as.

KLEINOSTHEIM. Die Identität des männlichen Leichnams, den Spaziergänger vor einer Montag im Main bei Kleinostheim entdeckte hatten, ist auch nach der Obduktion weiter unklar. Wie die Polizei gestern mitteilte, ergaben sich durch die medizinische Untersuchung keine neuen Erkenntnisse. Nach dem Fund der Wasserleiche war vermutet worden, dass es sich um einen 29 Jahre alten Polen ohne festen Wohnsitz handeln könnte, der im Januar 2011 bei der Fahndung nach einem Apothekeneinbrecher vor der Polizei geflüchtet und in den Main gesprungen war. Ein DNA-Test soll nun Aufschluss über die Identität des Toten geben. as.